



Total digital

Schon Feierabend oder noch mobil im Stress? Wie die Arbeit sich ändert. **Seite 2**

Foto: 123rf/alexlmx

G20-Vorgeschmack

Hamburgs Polizei lässt in linken Kiezen die Muskeln spielen. **Seite 18**

Schrittweise gen Afrika

Ursula von der Leyen zeigt ihren Generalen, wo's lang geht. **Seite 5**

Foto: dpa/Michael Kappeler

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 19. Oktober 2016

71. Jahrgang/Nr. 245

Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Mit Garten zum Spielen

Simon Poelchau meint, dass die Innenstadt zu teuer wird

»Ach, Wohnen im Grünen hat doch auch was für sich: Der Lärm der Stadt ist weg, die Kinder können auch mal draußen spielen.« Welch einstiges Großstadtkind so denkt, das will vor allem eins: sich schön reden, dass die aufregende Zeit in der Metropole wohl mit dem nächsten Umzug vorbei sein wird.

Denn die Immobilienpreise schießen in die Höhe – und wie Zahlen des Immobilienverbandes IVD zeigen, betrifft dies vor allem Großstadtwohnungen im mittleren Preissegment. Um fast zehn Prozent verteuerten sich diese innerhalb nur eines Jahres. Und wenn die Kaufpreise steigen, dann schießen auch die Mietpreise in die Höhe. Denn die Käufer wollen im Spekulantenspiel ihren Schnitt machen. Hinzu kommen die Versäumnisse im kommunalen und sozialen Wohnungsbau, der jahrelang immer weiter zurückgefahren wurde. Auch das gegenwärtige Zinsumfeld spielt eine erhebliche Rolle dabei, dass das Geld einen vermeintlich sicheren Hafen im deutschen »Betongold« sucht, und so die Kauf-Mietpreis-Spirale weiter angeheizt wird.

Das alles führt dazu, dass die Innenstadt nicht nur für Geringverdiener zu teuer wird. Auch die Mittelschicht kann sich Berlin-Kreuzberg, München-Schwabing oder Hamburg-Altona bald nicht mehr leisten. Wer etwas Größeres als das sprichwörtliche Wohnklo haben will, freundet sich also schon mal mit dem Wohnen im Speckgürtel an und freut sich darauf, dass die Kinder bald einen Garten zum Spielen haben.

UNTEN LINKS

Der ungarische Premier Viktor Orban hat kein Problem mit der Freiheit Andersdenkender. Er denkt ja selbst anders. Nicht gerade anders als Horst Seehofer, das nicht. Sonst hätte er am Montag wohl auch keine Festrede im bayerischen Landtag gehalten. Und nicht erläutern können, dass die Grenzsicherungen seines Landes für Flüchtlinge eine Fortsetzung der Grenzöffnungen seines Landes für DDR-Flüchtlinge im Jahr 1989 sei. Freiheit ist keine Sache von Denken, sondern von Raum und Zeit. Freiheit ist immer dort, wo Viktor Orban ist. Oder gern wäre. Freiheit ist eine Frage der Himmelsrichtung. Freiheit ist Westen, mehr Freiheit ist nicht. Freiheit ist nicht die Freiheit des draußen Gebliebenen, sondern die Freiheit, innen und außen unterscheiden zu können. Freiheit zeigt sich darin, anderen Freiheit zuzuweisen oder vorzuenthalten. Auf keinen Fall aber ist Freiheit die Freiheit des Andersgläubigen. Das war sie schließlich auch 1989 schon nicht. uka

ISSN 0323-3375



Normandie kommt an die Spree

Merkel, Putin, Poroschenko und Hollande beraten in Berlin über Ukraine-Konflikt



Wunden, die der Krieg schlägt – an den Häusern und in den Menschen (Jassynuwata im Norden von Donezk)

Foto: dpa/Alexander Ermochenko

Berlin. Erstmals seit Beginn des Ukraine-Konflikts kommt Russlands Staatschef Wladimir Putin zu Gesprächen nach Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel lud Putin zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und Frankreichs Staatschef François Hollande für diesen Mittwochabend nach Berlin, wie Regierungssprecher Steffen Seibert am Dienstag mitteilte. Merkel dämpfte zugleich die Erwartungen: Von dem Treffen im sogenannten Normandie-Format seien »keine Wunder« zu erwarten.

Ein Jahr nach dem letzten Treffen im Normandie-Format am 2. Oktober 2015 in Paris

solle nun die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen seitdem bewertet und weitere Schritte beraten werden, so Seibert.

Die vier Staats- und Regierungschefs hatten im Februar 2015 in der belarussischen Hauptstadt Minsk ein Friedensabkommen für den Osten der Ukraine geschlossen. Dieses sieht neben einem Waffenstillstand und dem Abzug schwerer Waffen von der Front auch Wahlen vor. Das Abkommen ist allerdings bis heute nicht umgesetzt, während die Spannungen zwischen ukrainischen Regierungstruppen und pro-russischen Rebellen immer wieder eskalierten.

nd-Autor Jens Malling bereiste den Westen des Donbass, sprach mit Separatisten und Zivilisten. »Es ist höchste Zeit, den Krieg zu beenden. Die Regierung in Kiew muss sich mit uns versöhnen. Es ist die einzige Lösung. Wir brauchen Frieden und müssen weiterleben«, sagte ihm ein Mann aus Donezk. »Was ist überhaupt der Grund für diesen sinnlosen Krieg?«

Eine Frage, die auch die Politiker umtreiben sollte. Immerhin, so Merkel, habe es seit ihrem Treffen mit Putin, Poroschenko und Hollande in Paris vor einem Jahr »eine Vielzahl an Gesprächen auf verschiedenen Ebenen« gegeben. nd/Agenturen Seite 3

Wallonien bietet CETA die Stirn

EU-Handelsminister vertagen endgültige Entscheidung über Freihandelsabkommen mit Kanada

Wallonien, Rumänien und Bulgarien sagen Nein zu CETA – aus unterschiedlichen Gründen. Die EU-Handelsminister haben ihre Entscheidung am Dienstag zu nächst vertagt.

Von Kay Wagner, Brüssel

Auf solche Stunden hat Paul Magnette wohl gewartet. Der angriffslustige sozialistische Ministerpräsident der süd-belgischen Region Wallonien ist Kopf der Rebellen, die zurzeit das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) aufhalten. Schon vor der Abstimmung im Regionalparlament am vergangenen Freitag hatte Magnette verkündet: »Ich werde der Föderalregierung meine Vollmacht verweigern.«

46 Abgeordnete folgten diesem Aufruf, nur 16 stimmten für CETA. Damit ist Belgiens Regierung blockiert, die solchen Verträgen nur zustimmen darf, wenn sie die Zustimmung aller drei Landesre-

gionen bekommt. Dass die Wallonen CETA kritisch sehen, war bekannt. Dennoch war der Aufschrei auch in Belgien groß. Man mache sich lächerlich, hieß es. Der nördliche Landesteil Flandern mit seiner starken Wirtschaft tobt. Der Druck auf Magnette, auch aus dem Ausland, war in den vergangenen Tagen massiv. Doch der blieb hart. Die Menschen seien beunruhigt, man müsse deren Bedenken ernst nehmen.

Die Gründe für die klare Haltung des 45-Jährigen liegen allerdings auch in der Innenpolitik: Magnettes Partei, Belgiens frankophone Sozialisten (PS), ist traditionell das linke Gewissen der Nation. Doch sie kämpft um ihr linkes Profil, seitdem sie mit Elio Di Rupo zwischen 2011 und 2014 auf föderaler Ebene in einer Koalition aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen den Premierminister stellte. Kompromisse waren nötig. Dem linken Flügel der Partei, vielen Stammwählern und

Gewerkschaftern stieß das auf. Für die konservative flämische Zeitung »De Standaard« ist deshalb klar: Das Nein zu CETA sei auch ein Versuch der PS, den linken Flügel zufriedenzustellen. Zudem würden in Belgien überwiegend die flämischen Unternehmen Handel mit Kanada betreiben.

Noch gibt es Versuche, die Situation zu lösen. Die flämischen Liberalen der Open-VLD haben die Föderalregierung aufgefordert, CETA trotzdem zu unterschreiben. Dann käme das Abkommen zwar auf europäischer Ebene durch, aber in Belgien wäre die Hölle los. Denn es waren flämische Parteien, die für mehr Rechte für die Regionen gestritten haben. Wenn jetzt eine flämische Partei sich dafür stark macht, diese Rechte wieder auszuhebeln, wäre die belgische Innenpolitik auf Jahre belastet.

Ebenfalls Vorbehalte gibt es aus Rumänien und Bulgarien. Sie betreffen aber nicht das Abkommen

Lesen Sie heute im Ratgeber

Flexi-Rente: Was im Gesetzentwurf steht

Mietrecht: Kündigung nach Mietrückständen

Erbrecht: Notarielles Testament spart Geld

Immobilienpreise steigen schneller

Teuerung übertrifft Vorjahresniveau

Frankfurt am Main. Käufer müssen für Immobilien in Deutschland immer mehr Geld bezahlen. Der Preisanstieg bei Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern habe sich im zweiten und dritten Quartal 2016 verglichen mit dem Vorjahr noch beschleunigt, teilte der Immobilienverband IVD am Dienstag mit. Vor allem in den Großstädten klettern die Immobilienpreise demnach rasant.

Laut dem Wohnpreisspiegel des Verbands verteuerten sich Eigentumswohnungen mit mittlerem Wohnwert um gut sechs Prozent. Im vergangenen Jahr hatte die Rate bei knapp fünf Prozent gelegen. Die Preise für Einfamilienhäuser stiegen zudem um 4,2 Prozent nach 3,1 Prozent im Vorjahr. Auch die Preise für Objekte mit gutem Wohnwert und viele Neubauten legten zu. »In allen Segmenten kommt es derzeit zu einer deutlich stärkeren Preissteigerung«, hieß es in der Studie.

Am stärksten wuchsen die Preise in Metropolen. In Städten mit über 500 000 Einwohnern verteuerten sich Wohnungen im mittlerem Segment um 9,4 Prozent, Einfamilienhäuser um knapp sechs Prozent. dpa/nd

Luftangriffe auf Aleppo gestoppt

»Humanitäre Pause« von acht Stunden wird vorbereitet

Moskau. Die russischen und syrischen Streitkräfte haben ihre Luftangriffe auf die umkämpfte Großstadt Aleppo eingestellt. Die am Dienstagmorgen begonnene Feuerpause diene der Vorbereitung einer für Donnerstag angekündigten achtstündigen Waffenruhe in Aleppo, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu. Die Vereinten Nationen lobten die Feuerpause in Syriens einstiger Wirtschaftsmetropole, forderten aber mehr Zeit zu Versorgung und Evakuierung von Zivilisten.

Seit Dienstag 10 Uhr (Ortszeit) würden keine neuen Angriffe mehr geflogen, sagte Schoigu in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache. Die Einstellung der Luftangriffe diene dazu, die »humanitäre Pause« vorzubereiten und Einwohnern die Flucht aus der Stadt zu ermöglichen. Die syrische Armee werde sich mit Beginn der Waffenruhe am Donnerstag um 8 Uhr (Ortszeit) so weit zurückziehen, dass auch die Kämpfer aus den Rebellenvierteln im Osten von Aleppo die Stadt verlassen könnten. AFP/nd Seite 7

BASF: Suche nach Vermisstem hält an

Ermittlungen nach Explosion in Ludwigshafen eingeleitet

Ludwigshafen. Nach der folgenschweren Explosion auf einem Werksgelände des Chemieriesen BASF in Ludwigshafen mit mindestens zwei Toten, acht schwer und 17 leicht Verletzten hat die Suche nach der Unglücksursache begonnen. Die Staatsanwaltschaft leitete am Dienstag Ermittlungen ein, allerdings war die Unglücksstelle laut Feuerwehr und Unternehmen zunächst noch unzugänglich. »Warum sich die Explosion konkret ereignete, wissen wir noch nicht«, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Hubert Ströber. Die Behörde leitete Ermittlungen unter anderem wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ein und schaltete Experten ein, die vor Ort nach den Ursachen suchen sollten, sobald dies möglich wird. Am Dienstagmittag wurde weiterhin ein Mensch vermisst. »Wir gehen im Moment davon aus, dass sich die Person im Hafenbecken befindet«, sagte Ludwigshafens Feuerwehrchef Peter Friedrich. Taucher stünden bereit, würden aber aus Sicherheitsgründen noch nicht eingesetzt. AFP/nd Seite 16